

Antrag Nr. 4

der Fraktion LINKS Wien
an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Aktiv gegen Sparpaket und Sozialabbau

Begründung

Der Fiskalrat fordert angesichts des Budgetdefizits von 21 Milliarden Euro von der kommenden Regierung ein deftiges Sparpaket. Diese Forderung kann für neoliberalen Kräften im Parlament konkret bedeuten, dass Sozialleistungen massiv gekürzt und Löhne gesenkt werden sollen.

Bedingt durch den Anstieg der Zahl der erwerbslosen Menschen auf 350.000 sowie durch den gesamtwirtschaftlichen Abschwung im Zuge der galoppierenden Rezession entwickelt sich eine alarmierende Situation.

Sowohl ÖVP als auch FPÖ und die NEOS fordern die Senkung der Lohnnebenkosten - also Einsparungen bei der Sozial-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung. Alle diese Parteien stellen den Anspruch, Teil der nächsten Regierung zu sein. Ihre Einsparpläne werden flankiert von medialer Hetze gegen Asylwerber*innen. Die Krisenlasten sollen auf die arbeitenden und erwerbslosen Menschen abgewälzt werden. Das kann die Arbeiterkammer nicht akzeptieren.

Forderung

Die Arbeiterkammer Wien verweigert allen Sparpaketen und Plänen zum Sozialabbau ihre Zustimmung.

Die Arbeiterkammer Wien fordert die kommende Regierung auf, das Lohn- und Pensionsniveau nicht zu senken.

Die Arbeiterkammer Wien unterstützt betrieblichen und außerbetrieblichen Aktionen und Initiativen, die sich aktiv gegen Sozialabbau und Sparpakete formieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich